Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Bestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 7 mal und zwar morgens.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰, finanzielle Anzeigen 30 ₰, Reklamen 1 ℳ; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ; vom Ausland 50 ₰, finanz. Anzeigen 75 ₰, Reklamen 1.50 ℳ.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 ₰. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 159. Donnerstag 10. Juni 1909. 103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Dresden wohnte am Mittwoch König Friedrich August bei. Während seiner Anwesenheit wurde über die Selbstverwaltung in Südwestafrika verhandelt. Im nächsten Jahre findet die Hauptversammlung in Stuttgart statt. (S. d. bes. Art.)

* Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Dresden begannen gestern die Verhandlungen gegen zehn russische Studenten wegen Geheimbündelei. (§ 128 des StGB.) (S. Gerichtssaal.)

* Der Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister, die am heutigen Donnerstag in Berlin beginnt, wird Schatzsekretär Sydow die Ersatzsteuervorschläge der Reichsregierung unterbreiten. (S. d. bes. Art.)

* Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich, die im Herbst dem englischen Hofe einen Besuch abstatten wollen, werden, wie aus dem Haag gemeldet wird, unter Entfaltung eines besonderen Pomps in Windsor empfangen werden.

* Die Audienzen Kossuths und des Grafen Andrassy haben, wie aus Wien gemeldet wird, in der ungarischen Krisis wieder keine Entscheidung gebracht. Der Kaiser soll erklärt haben, daß die Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank keine Aussicht auf Verwirklichung habe. (S. auch Letzte Dep.)

* Nach einer Konstantinopeler Blättermeldung bestätigt es sich, daß türkische Truppen die persische Stadt Urmia besetzt haben.

* **Ein furchtbares Schiffsunglück hat sich bei Dschedda ereignet, wo ein türkischer Truppentransportdampfer scheiterte. 400 Soldaten sollen umgekommen sein.** (S. Verm.)

* Der Worpsweder Landschaftsmaler Fritz Overbeck ist im Alter von nicht ganz 40 Jahren gestorben. (S. Feuill.)

* Heute beginnt in Berlin die Prinz-Heinrich-Fahrt, für die 113 Wagen genannt sind. In der Zeit von 8 bis 12 Uhr findet die Schnelligkeitsprüfung auf der Chaussee zwischen Guben und Krossen statt. Die heutige Strecke bis Breslau beträgt 348,2 Kilometer. (S. d. bes. Art.)

* Durch ein heftiges Erdbeben wurden in dem chilenischen Hafen Copuiapo viele Häuser zerstört. Unter den Bewohnern brach eine Panik aus. — Bei einem Beben in Korintji kamen 280 Menschen um. (S. Letzte Dep.)

Der Bund der Landwirte.

Zur Befriedigung des Bedürfnisses großer staatsbürgerlicher Kreise nach politischer Aufklärung schufen bis vor kurzem eigentlich nur die Sozialdemokraten und das Zentrum geeignete Mittel literarisch-agitatorischer Art. Auch Konservative und Liberale blieben zwar nicht müßig, aber sie beschränkten sich im wesentlichen auf die Herausgabe von Parteihandbüchern, die infolge ihres stattliches Umfangs manchen vielleicht willigen Mann zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßten. In den letzten zwei oder drei Jahren hat nun die nationalliberale Partei Versuche gemacht, zeitweilig besonders aktuelle Stoffe, also gleichsam Ausschnitte aus ihrem großen Handbuche, in neuer Form gesondert zu veröffentlichen, da erfahrungsgemäß Broschüren von 60 bis 80 Seiten viel leichter und lieber durchgelesen werden als dickleibige Abhandlungen. Und diese Versuche sind derart geglückt, daß man sie fortgesetzt hat. Die jüngste Erscheinung dieser Art ist eine Schrift von Arthur Dix über die Entstehung, das Wesen und die politische Tätigkeit des Bundes der Landwirte (Berlin W. 9, Buchhandlung der nationalliberalen Partei, 1 ℳ), die gerade in unseren Tagen erhöhte Beachtung beanspruchen darf und infolge ihrer Fassung auch vollauf verdient.

Es ist das ewige Weh und Ach einer Anzahl Nationalliberaler, daß sie sich mit dem Bunde der Landwirte in eine allzu innige Verbindung eingelassen haben. Wir wollen es im Augenblick unentschieden lassen, welche Gründe — mehrere wären möglich — dafür bestimmend gewesen sind; jedenfalls ist es höchste Zeit zur Lösung einer derartigen widernatürlichen Vereinigung. Einfach undenkbar ist es, wie ein Mann, der sich den Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze als Ziel seiner politischen Arbeit gesetzt hat, zugleich einer Partei angehören kann, deren Wortführer in rücksichtslosesten Formen einseitigste Interessenvertretung propagieren. Dieser Widersinn hat schon wiederholt die Forderung einer reinlichen Scheidung zwischen Nationalliberalismus und Bund der Landwirte gezeitigt; vor wenigen Wochen erst hat sie der frühere Reichstagsabgeordnete Böttger mit schneidigen, wirksamen Worten im „Tag" wieder einmal begründet, und jetzt wird nun hoffentlich die Schrift von Dix das Letzte sein, um ängstlichen Opportunitätspolitikern jede, auch die geringste Möglichkeit einer Entschuldigung eines solchen politischen Doppellebens zu wehren. Und deshalb scheint uns das Vorgehen von Dix ganz besonders verdienstlich.

Ruhig und leidenschaftslos, fast nüchtern wie die alten Chroniken, berichtet der Verfasser vom Werdegang des Bundes der Landwirte. Wie der schlesische Gutspächter Ruprecht auf Ranfern den „Geburtsschrei" ausstieß, wie der kluge Freiherr von Wangenheim den Anstoß zu einer weitausspannenden berufsständischen Organisation des Bauerntums unter zielbewußter Führung der Großgrundbesitzer gab, wie der knorrige „Vater" Plötz der Regierung Fehde ansagte, wie die Agrarier auf ihren Bundesversammlungen tobten und im Reichstage obstruierten, als der russische Handelsvertrag von 1894, der Antrag Kanitz, der neue Zolltarif von 1902 und endlich die Erbschaftssteuer zur Erörterung standen: alles das und manches andere wird in der lesenswerten Broschüre schlicht, häufig unter Anführung von Zitaten aus agrarischer Quelle, erzählt. Für den Kenner des Verlaufs der Geschichte des Bundes ist es erstaunlich, daß auf so gedrängtem Raum über das Wesen und die Tätigkeit dieser Gruppe so erschöpfend geschrieben werden konnte. Für die Allgemeinheit, die der politischen Aufklärung noch bedürftig ist, bietet die Broschüre ein Spiegelbild des auffälligen Mißverhältnisses der argen Demagogie der Bundesleitung und der tatsächlichen Förderung landwirtschaftlicher Interessen durch andere Parteien, unter denen die Nationalliberalen, ohne sich des Verdachts der Unbescheidenheit auszusetzen, wohl mit den ersten Platz beanspruchen dürfen.

Diesen Gedanken verleiht mit Fug und Recht auch der Schluß der Dixschen Darstellung warme Worte. „Die Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft, die gesamte soziale Struktur unseres Volkes und die Richtung unserer gesamten Politik wird von nationalliberaler Seite rastlos gewürdigt; aber jene verhetzende und zersetzende Agitation, die nicht nur auf die berechtigten Interessen der andern Berufsstände und Bevölkerungskreise keinerlei Rücksicht nimmt, sondern in ihrer extremen Einseitigkeit auch die Durchsetzung der landwirtschaftlichen Interessen selbst immer und immer wieder gefährdet hat, kann zum Heile der Landwirtschaft und zum Segen des Vaterlandes nicht unterstützt und in ihren Ausschweifungen auch nicht stillschweigend geduldet werden." So wirkt zu guter Letzt das Schriftchen, wie schließlich jede pragmatische Darstellung, politisch moralisierend, das heißt aber: praktisch zu besserem Handeln anleitend. Seinen Zweck wird es erfüllen, wenn es dieses Ziel erreicht, wenn es den Eintritt der naturnotwendigen Lösung auch des letzten Nationalliberalen aus jeder Verbindung mit dem Bund der Landwirte beschleunigt. Und auf diesem Wege wünschen wir ihm alles Gute.

Schwartzkopff?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im preußischen Kultusministerium ist nach dem auf Nimmerwiedersehen beurlaubten Minister Holle nun auch der Unterstaatssekretär Werner auf Urlaub gegangen, und die Leitung des Ministeriums liegt in den Händen des Ministerialdirektors Schwartzkopff. In parlamentarischen Kreisen wird ernsthaft die Frage erwogen, ob dies der Uebergang zu der definitiven Uebernahme des Ministeriums durch Herrn Schwartzkopff sein wird. Die Frage hat nicht nur für **Preußen, sondern auch für das Reich Bedeutung, da sie in engem Zusammenhang** mit der ganzen inneren Politik des Fürsten Bülow steht. Als der unkonstitutionelle Zustand der „Kopflosigkeit" in dem Ministerium, das doch das wichtigste sein sollte, bereits monatelang gedauert hatte und selbst die stillen Männer des preußischen Abgeordnetenhauses ungeduldig zu werden begannen, da vertröstete man sie: wartet nur bis zum Schluß der Etatberatung; mitten in sie hinein kann man nicht einen neuen Minister setzen . . . Nun sind bereits wieder Wochen vergangen, seit das Herrenhaus den Etat verabschiedet hat — und von dem neuen Herrn ist nichts zu hören. Nur einen Schluß kann man daraus wohl mit Sicherheit ziehen: daß nicht wieder ein „politisch unbeschriebenes Blatt" kommen soll. Denn wenn Fürst Bülow nicht fürchtete, entweder rechts oder links anzustoßen, weshalb sollte er dann mit der Ernennung zögern? Das würde z. B. für die in der Presse genannte Kandidatur des Handelsministers Delbrück gelten, den keine Partei für sich in Anspruch nehmen kann, und ebenso für die (sehr unwahrscheinliche) des Unterstaatssekretärs Wermuth vom Reichsamt des Innern. Nein: der in Aussicht genommene neue Kultusminister, oder vielmehr die Kandidaten müssen ausgesprochen politische Persönlichkeiten sein. Es wäre denkbar, wenn auch kaum zu hoffen, daß Fürst Bülow, falls er die Reichsfinanzreform mit den Liberalen macht, einen liberal gesinnten Mann an die Spitze des preußischen Kultusministeriums setzt. Jedenfalls würde er das wohl tun, wenn er sich zur Politik der starken Hand den preußischen Konservativen gegenüber entschließen sollte. Aber dem Charakter des Fürsten Bülow würde auch die Annahme nicht widersprechen, daß er jetzt versuchte, die Grollenden zu versöhnen, indem er den Mann ihres liebenden Vertrauens, Herrn Schwartzkopff, ganz sachte in die neue Stellung hineinbugsiert. Er selbst soll nicht viel für den geschickten und scheinbar konzilianten Reaktionär übrig haben — so sagt man. Aber wird er nicht um der „höheren Interessen" willen ein Opfer der Neigung zu bringen bereit sein? Die weitere Entwicklung der Angelegenheit wird auf die Pläne des Kanzlers ein Streiflicht werfen.

Zur Reichsfinanzreform.

Die Finanzminister-Konferenz.

Der Reichskanzler hatte am Mittwochnachmittag eine längere Konferenz mit dem Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, Frhrn. v. Rheinbaben und Sydow. Vormittags fand in der bayrischen Gesandtschaft eine Vorbesprechung der in Sachen der Finanzreform in Berlin eingetroffenen Bevollmächtigten zum Bundesrate statt. Es nahmen teil: der bayrische Finanzminister Ritter v. Pfaff, der sächsische Finanzminister Dr. v. Rüger, der württembergische Finanzminister von Geßler, der badische Finanzminister Dr. Honsell, der hessische Finanzminister Dr. Knauth, der lippesche Staatsminister Frhr. v. Gevekot u. a. Auch Reichsschatzsekretär Sydow und Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben hatten sich eingefunden. An die Besprechung schloß sich ein Frühstück bei dem bayrischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld.

In der Konferenz am Donnerstag wird sicherem Vernehmen zufolge Staatssekretär Sydow in längeren Ausführungen die Stellungnahme des Reichskanzlers zu den von der Finanzkommission aus eigener Initiative beschlossenen Steuern darlegen und begründen. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der Staatssekretär gegen die Kotierungssteuer, den Kohlenausfuhrzoll und die Mühlenumsatzsteuer entschieden Stellung nehmen wird. Der Schatzsekretär wird seine Ausführungen durch ein in den letzten Wochen gesammeltes reichhaltiges Material, das die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der genannten Steuern hinreichend illustriert, stützen können. Nachdem die einzelstaatlichen Finanzminister ihre Meinungen zu den Darlegungen des Staatssekretärs kundgegeben haben, wird Sydow den Herren die von der Regierung geplanten Ersatzsteuern unterbreiten. Diese bestehen, wie verlautet, in der Erbanfallsteuer, die an Stelle der Nachlaßsteuer treten soll, in einer Wertzuwachssteuer und Erhöhung des Zolles auf Tee und Kaffee. Die neuen Steuern sollen dem Reichstage, falls unter den Finanzministern Einigkeit erzielt ist, sofort nach dessen Zusammentritt vorgelegt werden.

Die Finanzkommission des Reichstags

tritt am 12. Juni wieder zusammen. An dieser Sitzung werden, wie wir aus Parteikreisen vernehmen, die nationalliberalen und die freisinnigen Mitglieder teilnehmen. Diese Parteien werden sich sowohl an der Feststellung des Berichtes als auch an der Beratung der Regierungsvorlagen beteiligen. Lediglich wegen der Verletzung der Geschäftsordnung haben sie seinerzeit an der Beratung der neuen Steueranträge nicht teilgenommen.

Ein Appell an den Reichstagspräsidenten.

Die konservativen Wähler von Lyck (Ostpreußen) werden ihrem Abgeordneten, dem Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg, eine Petition übermitteln des Inhalts, die Reichsfinanzreform dürfe nicht durch die entscheidende Mitwirkung des Zentrums zustande kommen. Die Erbanfallsteuer sei mit den konservativen Interessen wohl vereinbar. — Was wird dazu die „Dtsch. Tageszeitung" sagen!

Eine Resolution der Handelskammer für Weimar-Eisenach.

Folgende scharfe Resolution wurde von der Handelskammer für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, die am Dienstag unter Anwesenheit des Ministerialdepartementschefs Geh. Staatsrat Dr. Paulssen in Jena tagte, in bezug auf die Reichsfinanzreform einstimmig angenommen: „Die Handelskammer spricht ihre schärfste Mißbilligung aus, daß es der 31. Reichstagskommission nicht gelungen ist, zu Vorschlägen für die Reichsfinanzreform zu gelangen, die neben der beabsichtigten stärkeren Belastung des Konsums eine ausreichend gerechte, die Allgemeinheit des Besitzes treffende Steuer enthalten. Sie verwahrt sich entschieden gegen die statt jener Steuer, und zwar unter Schonung des landwirtschaftlichen Besitzes vorgeschlagenen Sondersteuern auf das Vermögen an Wertpapieren, auf Zündwaren, Parfümerien und Beleuchtungsmittel, gegen die Umsatzsteuer auf Grundstücke und Mühlenbetriebe, die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles sowie den Kohlenausfuhrzoll, die von einer beklagenswerten Mißachtung der gewerblich tätigen Berufskreise des Volkes und der Unkenntnis ihrer Lebensbedingungen zeugen, obwohl diese mehr wie alle andern wiederholt und eindringlich ihre Bereitwilligkeit zur Uebernahme des beträchtlichsten Teiles der Steuerlast zu erkennen gegeben haben."

Der Verein der deutschen Zuckerindustrie,

der gegenwärtig in Frankfurt a. M. seine Generalversammlung abhält, faßte heute vormittag einstimmig folgende Resolution: „Der Verein legt gegen die neuerdings wieder aufgenommenen Bestrebungen, die Zuckersteuer in ihrer bisherigen Höhe zu belassen, mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein. Selbst die Notwendigkeit der Beschaffung größerer Einnahmen für das Reich kann nicht zu Maßnahmen verleiten, die gegen Treu und Glauben verstoßen würden. Das würde aber geschehen, wenn die Herabsetzung der Zuckersteuer im Wege der Gesetzgebung verschoben oder gar beseitigt werden sollte."

Die zweite Lesung der Finanzvorlagen im Reichstage

soll auf die Tagesordnung des 16. Juni gesetzt werden, nachdem am 14. Juni der Bericht der Finanzkommission zur Verteilung gelangt sein wird. **Wie verlautet, wird der Reichskanzler Fürst Bülow in dieser** Sitzung den Standpunkt der verbündeten Regierungen darlegen und Reichsschatzsekretär Sydow die neue Erbanfallsteuer begründen. **Wahrscheinlich werden die einzelnen Fraktionen** Erklärungen über ihre Stellung abgeben. Die Ersatzsteuer wird, falls sie nicht vom Plenum abgelehnt wird, der Kommission überwiesen werden. Man rechnet noch mit einer vierwöchentlichen Sitzungsperiode und will neben den Finanzgesetzen nur die Besoldungsgesetze und eventuell noch das Arbeitskammergesetz beraten.

Die englische Flottenhysterie.

O. Unsere Berliner Redaktion erfährt von offiziöser Berliner Seite: **Die jüngste Flottenrede des britischen Unterstaatssekretärs Sir Edward Grey verrät, daß auch von seiten der englischen Regierung eine recht dunkle Stimmung herrscht.** Doch hält man in Deutschland daran fest, daß die Engländer zum größten Teil auch deshalb Stimmung in Pessimismus machen, weil sie dadurch die Flottenbegeisterung ihrer Kolonien anzufeuern hoffen. Die allgemeine Absicht, die solche schwarzseherischen Worte diktiert, ist wohl nur die, dem Lande klar zu machen, daß die Seerüstungen wichtiger sind, als die Altersversicherung oder die anderen finanziellen Ausgaben.

Wie ernst im übrigen wieder die deutsch-britische Situation gegenwärtig in London aufgefaßt wird, das geht besonders auch aus den Londoner Preßkommentaren über die jüngsten amtlichen Flottenreden auf dem englischen Pressekongreß hervor. Es wird gemeldet:

London, 9. Juni. (Telegramm.) Mit gewaltigen Trompetenstößen beantwortet ein Teil der Londoner Presse die gestrige Flottenrede des Staatssekretärs Grey (die wir in unserer vorgestrigen Ausgabe mitteilten. D. Red.) auf dem Kongreß der Pressevertreter des britischen Reiches. „Daily Telegraph" schreibt: „Ich unterschreibe jedes Wort, das Lord Rosebery zu Ihnen gesprochen hat", sagte der Minister des Auswärtigen; „was hat nun Lord Rosebery gesagt? Er hat den Tacens bellum in Europa beschrieben, die **unerhörten Vorbereitungen zum Krieg**, die nimmer endenden Versicherungen von Friedensliebe, die stillen, aber dennoch so ungeheuren Anstrengungen, die Bedingungen, auf denen Englands maritime Vorherrschaft beruht, zu unterminieren, und zwar das geschickt unter dem Deckmantel der Diplomatie. **Es ist ein geräuschloser Kampf.** Dennoch ist es der machtvollste Versuch, den die Geschichte kennt, um den Stand der Dinge zur See zu revolutionieren und auf diese Weise die unabhängige Existenz jedes Gemeinwesens unter britischer Flagge nicht nur zu gefährden, sondern schließlich und unvermeidlich zu zerstören." Die „Times" schreibt: **„Ohne Zweifel ist in der Politik etwas wie die Stille vor dem Sturm eingezogen, eine schwüle Stille.** Für diesen Sturm müssen wir **vorbereitet** sein; denn wenn wir die Vorherrschaft zur See behaupten wollen, dürfen wir kein Opfer scheuen."

Ferner wird gemeldet:

London, 9. Juni. (Tel.) Die „Times" schreiben in ihrem heutigen Leitartikel:

Die Deutsche Admiralität handelt wieder einmal gegen ihre amtlich abgegebenen Versprechungen, indem sie die zwei größten Schiffe des Bauprogramms von 1909 schon jetzt anstatt im Hochsommer bestellt. Mehr notwendiger sei es, daß die vier englischen Eventual-Dreadnoughts sofort in Bau gegeben würden.

Diese Nachricht, die die Londoner Presse wahrscheinlich aus Kieler Blättern entnommen und derart mit Randbemerkungen versehen hat, begegnet indessen folgendem umgehenden offiziös-deutschen Dementi:

Berlin, 9. Juni. (Tel.) Die Nachricht Kieler Blätter, daß die Bauaufträge für die beiden letzten Linienschiffe des dies-